

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Terrorinhalte-Bekämpfungsgesetz erlassen und das KommAustria-Gesetz geändert wird**

Die Verordnung (EU) 2021/784 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online Inhalte (TCO-Verordnung) wurde am 29. April 2021 vom Europäischen Parlament und vom Rat beschlossen. Sie zielt darauf ab, ein reibungsloses Funktionieren des – insbesondere digitalen – Binnenmarktes in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten, indem der Missbrauch von Hosting-Diensten für terroristische Zwecke hintangehalten wird.

Da sich die materiellen Verpflichtungen aus der unmittelbar anwendbaren TCO-Verordnung ergeben, dient der Gesetzesentwurf der Normierung der behördlichen Zuständigkeiten und der konkreten Verwaltungsstrafen.

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat auf Grundlage der im Begutachtungsverfahren eingelangten Stellungnahmen den Ministerialentwurf überarbeitet (Einbindung der im BMI angesiedelten „Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst“ als Meldestelle für terroristisch motivierte Inhalte elektronischer Medien im Sinne des § 4 Z 2a des Staatsschutz- und Nachrichtendienste-Gesetzes, Einfügen datenschutzrechtlicher und zustellrechtlicher Bestimmungen sowie Ergänzung der Regelungen über die Finanzierung der KommAustria) und den vorliegenden Gesetzesentwurf erstellt.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle den Gesetzesentwurf samt Vorblatt und Wirkungsorientierter Folgenabschätzung, Textgegenüberstellung und Erläuterungen dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung als Regierungsvorlage zuleiten.

13. Juni 2023

MMag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Raab

Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien